

Amer Tageblatt

Erteilungen nehmen die Anzeigen, und die Anzeigen der Deutschen Anzeigen - Erhalten wertvollste Anzeigen - Anschlag Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Erhalten die Anzeigen, und die Anzeigen der Deutschen Anzeigen - Erhalten wertvollste Anzeigen - Anschlag Nr. 22.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nr. 1000

Nr. 262

Sonnabend, den 9. November 1929

24. Jahrgang

Die Einheit des Rechtes

Von Hermann Wilhelm Koch, Berlin

Unter den verschiedenen Faktoren, die eine Vielfalt von Menschen zu einer Kulturgemeinschaft, zu einem Volk, zusammenschließen, hat ein einheitliches Recht eine ganz besondere Bedeutung.

Daher war es stets ein Zeichen von erwachendem, nationalem Einheitswillen, wenn der Ruf nach Rechtsvereinheitlichung ertönt. So ist es denn durchaus verständlich, daß in Deutschland zur Zeit der Bestrebungen, als die Sehnsucht nach einem großen, freien und einigem Reich, die die Besten der Nation entzündet hat, die Forderung nach der Schaffung eines einheitlichen Rechts besonders laut erhoben wurde. Auch gegenwärtig findet bei großdeutscher Gedankens- und Sittenbewegung, einem verbreiteten Ausdruck in der fortschreitenden Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Österreich, die besonders in der gemeinsamen Arbeit deutscher und österreichischer Juristen an dem neuen Strafgesetzbuch in die Erscheinung trat.

Auch die Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg, in dessen Schattenschein das neue deutsche Reich geboren wurde, waren in hohem Maße damit angefüllt, die neugeschaffene Reichseinheit durch eine Fülle einheitlicher Gesetze fester zu gestalten und durch die Einheit des Rechts zu krönen. So ist die Geburtsstunde der meisten, gegenwärtigen, großen Gesetze in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, vor allem aber in die siebziger Jahre zu verlegen.

In jenen Jahren aber war man sich sehr wohl bewußt, daß eine völlige Rechtsvereinheitlichung durch einheitliche Gesetze allein nicht zu schaffen ist. Denn Gesetze, und seien sie noch so weise, können niemals durch ihren ausdrücklichen Wortlaut alle jene bunten Fälle erfassen, die der phantasievolle Ablauf des Lebens schafft. Es bleiben immer Zweifel offen, was im Einzelfalle Rechtens ist, sei es nun deshalb, weil der Wortlaut des Gesetzes nicht eindeutig ist, oder weil im Gesetz offensichtlich eine Lücke ist. In diesen Fällen bedarf es zur Wahrung der Rechtsvereinheitlichung in einem Lande eines höchsten Gerichtes, das durch seine maßgebliche Rechtsprechung die untergeordneten Gerichte dazu veranlaßt, auch in Zweifelsfällen einheitlichen Grundsatzen zu folgen, nämlich jenen Grundsatzen, die das höchste Gericht in seinen Entscheidungen ausspricht. Nur so wird verhütet, daß die einzelnen Gerichte bald da bald dort „aus der Reihe tanzen“.

Die Notwendigkeit eines höchsten Gerichtes zur Wahrung der Rechtsvereinheitlichung hat man auch in Deutschland bald nach der Reichsgründung erkannt. Noch in den siebziger Jahren schuf man daher das Reichsgericht in Leipzig, das am 1. Oktober 1879 zum ersten Male seine Pforten öffnete und kürzlich auf sein fünfzigjähriges Jubiläum zurückblicken konnte. In diesen 50 Jahren hat das deutsche Reichsgericht in vorbildlicher Rechtsprechung ruhmreich an der Wahrung der deutschen Rechtsvereinheitlichung gearbeitet und eine stolze Tradition juristischer Kunst begründet.

Das Reichsgericht in Leipzig stellt eine bewundernswerte Schöpfung des nationalen Einheitswillens des deutschen Volkes dar und sollte in seiner Bedeutung mehr und mehr auch von den breiten Volksmassen erkannt werden. „Einigkeit und Recht und Freiheit“, wozu man in Deutschland gerne singt, werden von unserem höchsten Gericht in besonderem Maße gehütet. Das deutsche Reichsgericht hat durch seine vorbildliche Rechtsprechung nicht nur dem eigenen Lande große Verdienste erwiesen, sondern genießt auch außerhalb Deutschlands in aller Welt berechtigtes Ansehen.

Die Art, wie das Reichsgericht für die Einheit des Rechtes tätig ist, wird dem Laien nicht ohne weiteres klar sein. Um sich dies zu verdeutlichen, muß man daran denken, daß das Reichsgericht in vielen Prozessen sozusagen „das letzte Wort“ redet. Wenn nämlich die Prozessparteien mit den Urteilen der niederen Gerichte nicht zufrieden sind, so können sie in vielen Fällen Revision einlegen, damit sich das höchste Gericht, das Reichsgericht, mit ihrem Streit befasse. Da die niederen Gerichte nicht gerne sehen, daß das Reichsgericht anders entscheidet als sie selbst, richten sie sich schon von vornherein in ihren eigenen Entscheidungen nach der Ansicht, die das Reichsgericht in früheren Urteilen über die streitige Rechtsfrage geäußert hat. So wird die Ansicht des höchsten Gerichtes für die unteren Gerichte ebenso bedeutsam wie die Gesetze selbst. Daher wird eine ausdrückliche und wiederholte Meinung des Reichsgerichts bald allgemeine, herrschende Meinung aller Gerichte und die Rechtsvereinheitlichung ist gewahrt.

Schwierigkeiten der Deutschen Volkspartei?

Es ist schon nahezu eine ständige Einrichtung geworden, daß vor den Parteitag der Deutschen Volkspartei der Handels- und Industrieausschuß dieser Partei sich trifft und zu den brennenden Gegenwartsfragen Stellung nimmt. So hat er sich auch jetzt wieder in Bremen getroffen und die politische Lage eingehend erörtert. Aus den Reden verdienen die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Bapf besondere Beachtung, da er sich entschieden gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen ausgesprochen. Niemals hätten sich, meinte er, die Deutschnationalen schwächer gezeigt, als zu den Zeiten, in denen sie in der Regierung saßen. Niemals wären auch die Kräfte des Reiches so ausgeleert worden, wie in den Tagen der Rechtskoalition. Diese Tatsache wäre auch heute noch im Grunde für den gegenwärtigen Zustand unserer Reichsfinanzen verantwortlich. So trüge auch die Rechtskoalition die Verantwortung für ein Arbeitslosigkeit, da es der Reichsregierung hunderte von Millionen entging.

Das „Berliner Tageblatt“ wußte zu berichten, daß die Rede Dr. Bapfs unter manchen Teilnehmern der Ausschusssitzung eine nicht unbeträchtliche Verwirrung auslöste. Es geht aber wohl

Die Regierungserklärung des neuen französischen Kabinetts

In der französischen Kammer verlas Ministerpräsident Lardieu und im Senat in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident Justizminister Hubert die Regierungserklärung des neuen Kabinetts. In der Erklärung heißt es u. a.: Die Bildung unserer Regierung gibt nach sechzehnjähriger Krise, einer der vier längsten, die die Republik seit 58 Jahren gehabt hat, dem Parlament seine wesentlichen Vorrechte wieder: Beraten, kontrollieren, abstimmen. Das ist die einzige Feststellung, durch die wir uns einen Rückblick auf die Vergangenheit erlauben, denn wir sind der Zukunft zugewandt. Nicht daß wir das seit zehn Jahren geleistete gewaltige Werk unterlassen. Die meisten der äußerst wichtigen Probleme, die der Krieg uns hinterlassen hatte, sind heute gelöst: Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, Wiederherstellung des Budgetgleichgewichtes, Sanierung des Schatzamtes, Konsolidierung der kurzfristigen Schuld, Organisation der Amortisierung, Stabilisierung der Währung, Regelung der auswärtigen Schulden. So beachtenswert aber auch diese Ergebnisse sind, unsere Generation würde ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, wenn sie nach der Liquidierung nicht zum Aufbau schreiten würde, wenn sie, mit den erreichten Zielen zufrieden, die noch zu erreichenden Ziele vernachlässigen würde, wenn sie von der Verpflichtung, rückwärts zu schauen, befreit, nicht vorwärts schreiten würde. Unsere Regierung beabsichtigt, Frankreich auf diesem Wege nach vorn zu leiten.

Zur auswärtigen Politik

erklärte Lardieu? Es ist indessen zunächst auf internationalem Gebiete unsere Aufgabe, die Regelung unserer Probleme zu vollenden, denn durch die früheren Handlungen der Regierungen und die wiederholten Abstimmungen des Parlamentes sind bereits jetzt bestimmte Lösungen durch Etappen gekennzeichnet, die man unmöglich wieder rückgängig machen kann. Wir werden uns hierüber rückhaltlos in der Debatte aussprechen, die durch die Interpellationen eröffnet werden wird. Es wird genügen, hier die Grundzüge zu präzisieren, die unsere Bemühungen um die Organisation des Weltfriedens und der französischen Sicherheit leiten. Der erste Grundsatz wird sein, nichts abzuschließen, was irgendwie der freien Überprüfung und souveränen Ratifizierung des Parlamentes Widerstand tun könnte. Der zweite wird sein, dem Parlament nichts zu unterbreiten, was irgendwie die Garantien für unsere materielle und moralische Sicherheit verringern könnte. Der dritte wird sein, unter den oben erwähnten Vorbehalten kein Abkommen abzuschließen, das geeignet wäre, das Erbe der Vergangenheit zu sanieren, in der Welt die Grundlagen des Friedens zu stärken und unter den Völkern das Vertrauen und das Vertrauen zu fördern. Auf der Haager Konferenz ist kein Abkommen geschlossen worden, das geeignet wäre, die Grundlagen des Friedens zu zerstören, in der Welt die Grundlagen des Friedens zu zerstören. Auf der Haager Konferenz ist kein Abkommen geschlossen worden, das geeignet wäre, die Grundlagen des Friedens zu zerstören, in der Welt die Grundlagen des Friedens zu zerstören. Auf der Haager Konferenz ist kein Abkommen geschlossen worden, das geeignet wäre, die Grundlagen des Friedens zu zerstören, in der Welt die Grundlagen des Friedens zu zerstören.

Um an diesen Verhandlungen mit der geistigen Freiheit, die die Sicherheit schafft, teilzunehmen, werden wir die Verteidigungsorganisation unserer Grenzen aktiv fortsetzen. Wir werden nicht weniger sorgsam über die Freiheit unserer Verbindungswege mit unseren Kolonialreichen wachen. Nur in Stärke und in Ruhe lebende Völker können nützlich für den Frieden arbeiten. In diesem Geiste, getreu der in Genf von allen unseren Vorgängern angenommenen Haltung über die Abrüstung zu Wasser

und zu Lande werden wir im kommenden Jahr an der Donauescher Konferenz teilnehmen. Es ist überflüssig, hinzuzufügen, daß wir sämtliche Annäherungen wünschen, weiterhin in unseren Freundschaften einen bevorzugten Platz denen bewahren, die während der Prüfungen auf unserer Seite standen und die, wie wir, im Zusammennehmen mit dem Völkerbunde sich um die Konsolidierung des Friedens der Menschheit bemühen.

Die Regierungserklärung geht alsdann zu innerpolitischen Fragen über und beschäftigt sich zunächst mit dem Ausbau der nationalen Wirtschaft.

Die Angst vor dem deutschen Verkehrswesen

Der sozialistische Abgeordnete Baronne forderte Aufklärung über die neue Abrüstungskonferenz und fragte nach den Ansichten des neuen Kriegsministers hinsichtlich der nationalen Verteidigung.

Der Führer der Sozialen und Demokratischen Linken, Abg. Franklin Bouillon, kritisierte die Haltung der französischen Vertreter im Haag und forderte Aufklärung über eine Reihe von Punkten, insbesondere die Liquidationsfrage und die Reparationsbank, sowie über die Kommerzialisierung der deutschen Schulden. Frankreich habe in finanziellen Fragen und in Sicherheitsfragen nachgeben müssen. Warum solle man sich wegen des Youngplans überstürzen? Die amerikanische Regierung habe die Lösung von Versailles wiederholt und ein Sonderabkommen mit Deutschland abgeschlossen, so daß sie keine Fühlung mit der Welt haben werde. Franklin Bouillon fragte sodann: Liegt es im Interesse Frankreichs, die Räumung der dritten Zone zu beschleunigen? Die Anwendung des Youngplans beruhe dann einzig und allein auf der Ehrlichkeit und dem guten Willen Deutschlands. Die Garantien, die Frankreich besessen habe, kämen in Fortfall. Franklin Bouillon erklärte zum Volksbegehren. Die Hugenberg-Bresse und vier Millionen Deutsche lehnten mit Gleichmut den Youngplan ab, der doch der Triumph ihres Landes sei, weil sie die Politik des Hasses vorzögen. Das sei die sehr ernste Wahrheit. Deutschland bereits einen modernen Krieg in den Gegenden vor, die die Franzosen ohne Garantien verlassen wollen. Bei Trier habe man 18 Rangierlinien für die Mobilisierung von 110 Bügen angelegt, während der Verkehr nur für vier Büge ausreicht. Ähnliche Vorbereitungen seien auch bei Kaiserslautern getroffen worden. 48 Autolinen dienten als Bortransport für Panzer mit Lastautomobilen von 40 PS Motorkraft. Deutschland baue fünf Autotrassen, auf denen die deutschen Divisionen binnen zwölf Stunden über die belgische und luxemburgische Grenze für einen neuen Einfall nach Frankreich heranttransportiert werden können. Ueber die Seefrage zu verhandeln, wäre jetzt ein großer Fehler. Stresemann und General von Seeckt hätten aus dem Versaillesvertrag ein Instrument des deutschen Wiederaufstieges gemacht. Es dürfe keinen Franzosen geben, der es nicht als seine absolute Pflicht betrachte, die Augen offen zu halten und an dem Wohle des Landes zu arbeiten.

Die Rede Franklin Bouillons erinnert an die der schlimmsten Zeiten der Jahre 1920/23.

zu weiß, wenn berichtet wird, daß der äußerste rechte Flügel der Partei der Parteileitung ein Ultimatum überhande und forderte, daß auch Reichswirtschaftsminister wird, daß künftighin die Ämter des Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden getrennt bleiben müßten und daß dem neuen Parteivorsitzenden zuverlässige Berater zur Seite gestellt werden sollen. Der schwerindustrielle Flügel verfuhr in Bremen offenbar einen Druck auf die Parteileitung auszuüben, doch bleibt abzuwarten, ob es ihm gelungen ist, sich durchzusetzen.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei beriet am Donnerstag vormittag eingehend die Lage. Dr. Scholz ist noch nicht vollständig genesen, doch darf erwartet werden, daß er seine parlamentarischen Arbeiten in kürzester Zeit wieder aufnehmen kann. Es darf heute schon als feststehend gelten, daß er von dem bevorstehenden Parteitag mit erdrückender Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt wird. Mit der Ernennung des stellvertretenden Reichsaussenministers Dr. Curtius zum Reichsaussenminister ist zu rechnen. Sie steht unmittelbar bevor. Wer jedoch Reichswirtschaftsminister werden wird, steht noch völlig dahin, da diese Frage noch nicht einmal im Schoße der Deutschen Volkspartei entschieden ist. Reinesfalls ist jedoch damit zu rechnen, daß der frühere Reichsaussenminister Dr. Luther in das gegenwärtige Reichskabinet eintritt. Es verdient jedoch Beachtung, daß Dr. Luther, der seit etwa 14 Jahren der Deutschen Volkspartei

angehört, auf der Bremer Tagung des Handels- und Industrieausschusses erschien und eine Rede hielt, die einen starken Eindruck hinterließ.

Eine Erklärung Dr. Hugo

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo erklärt von Bochum aus zu der oben erwähnten Meldung des Berliner Tageblattes Nr. 528 vom 7. November 1929 über angebliche Konflikte in der Deutschen Volkspartei eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Im Gegenteil, die rheinisch-westfälische Schwerindustrie hat sich der politischen Einflussnahme sehr stark entzogen. In Bremen insbesondere waren es nur die Vertreter der verarbeitenden Industrie und des Handels, die sich zum Wort gemeldet haben. Auch das Hauptreferat, das die restlose Zustimmung der großen Versammlung fand, lag in den Händen einer Persönlichkeit, die in der ganzen deutschen Öffentlichkeit als ein typischer Vertreter und Führer der verarbeitenden Industrie bekannt ist. Ein einziger Vertreter der Schwerindustrie hat sich an der Aussprache beteiligt. — Die Meldung befaßt hinsichtlich der Kandidatur für den Reichswirtschaftsminister nichts Neues.“

Ueber die Frage der Bezeichnung des Parteivorsitzenden oder gar seiner Trennung vom Amt des Fraktionsvorsitzenden ist nicht mit einer Silbe in Bremen diskutiert. In dieser Sache ist überhaupt keine Gegenüberstellung in Fraktion oder Partei. Nur scheint mir